

Eupen, den 16.01.2014

**VIVANT Fraktion im
PDG**
Platz des Parlaments 1
B-4700 Eupen



087/ 31.84.73

Fax

087/ 31.84.74



info@vivant.pdg.be

www.vivant-ostbelgien.org

PRESSEMITTEILUNG

Der Vivant Fraktion – bezüglich dem 5 Parteien-Gespräch.

Mit Erstaunen mussten wir vor einigen Monaten feststellen, dass es Gespräche gegeben hat zwischen den Parteien welche im PDG vertreten sind, mit Ausschluss von Vivant, uns hatte diesbezüglich niemand kontaktiert. Dies entspricht eigentlich nicht den demokratischen Gepflogenheiten.

Unter guten Demokraten sollte man immer miteinander reden, und dieser Grundsatz gilt in ganz Belgien, anscheinend jedoch nicht in der DG.

Wir haben uns vor zwei Jahren klar und deutlich gegen die damalige Grundsatzklärung ausgesprochen, weil in dieser Forderungen enthalten waren, die kein vernünftiger Mensch gutheißen konnte.

Heute, zwei Jahre später, liegt ein neues Finanzierungsgesetz vor, in welcher die DG durch einen Verantwortlichkeitsbeitrag und durch einen Beitrag zur Finanzierung der Staatsfinanzen vom Föderalstaat zur Kasse gebeten wird.

Genau diese zwei Elemente haben wir immer im Parlament angesprochen, insbesondere in der damaligen Grundsatzdebatte.

Die Hohe Staatsverschuldung Belgiens sowie die Vorgaben der EU, zwingen nun auch per Gesetz die DG zum Sparen. Wenn man die finanziellen Mittel, welche mit den neuen Zuständigkeiten übertragen werden, außen vor lässt, wird die DG in den Jahren 2015, 2016 und 2017 zusammen, ungefähr 10 Millionen Euro weniger erhalten, als sie mit dem bestehenden Finanzierungsgesetz und ohne diese Staatsreform erhalten hätte.

Vor zwei ein halb Jahren ernteten wir nur Spott und Häme und wurden seitens der Mehrheitskollegen und der Regierung beschimpft, als wir Zahlenbeispiele brachten und gewarnt haben, heute ist dies Realität.

Die Regierung und die Mehrheitskollegen, welche durch die Zustimmung zum EU Fiskalpakt, u. a. die Möglichkeit geschaffen haben, dass dieses

EU Spardiktat in nationales Recht eingebaut wurde, reden natürlich nicht hierüber, sie sind längst in ihrem Wahlkampf vertieft und buhlen um die Gunst der Wähler, durch Feste und Feiern will man von der Realität ablenken.

Dabei wird der Bürger bereits im nächsten Jahr die Auswirkungen dieses Finanzierungsgesetzes zu spüren bekommen, wahrscheinlich wird dann wieder ein Krisendekret verabschiedet und Schuld ist wie immer die externe Krise.

Wenn diese 5 Parteien hinter dieser Staatsreform stehen, dann müssen sie auch für die Folgen die Verantwortung tragen, dazu gehört auch ein Finanzierungsgesetz, welches die DG-Bürger zur Kasse beten wird!

Konkret kann dies bedeuten, dass Gehälter gekürzt, oder sogar Entlassungen anstehen und dass bei den Diensten weitere Kürzungen folgen.

Denn, u. a. die prestigeträchtige Investitionspolitik der aktuellen Regierung führt dazu, dass an den Dienstleistungen gespart werden muss. Schon vor Jahren haben wir kritisiert, was auch der Rechnungshof moniert hat:

Je mehr die DG in Infrastruktur investiert, umso weniger Spielraum hat sie bei den laufenden Ausgaben. Natürlich wird die Regierung behaupten, dass dies alles ohne eine Beeinträchtigung der Qualität der Dienstleistungen geschieht. An diese Fabel glauben wir nicht.

Für VIVANT Ostbelgien

Michael Balter -

Alain Mertes -